

Dossier Wirtschaftspolitik
2013/9 | August 2013

Industriepolitik für einen modernen Standort

LANGFASSUNG



Medieninhaber/Herausgeber:
Wirtschaftskammer Österreich
Stabsabteilung Wirtschaftspolitik
Leitung: Dr. Christoph Schneider
Wiedner Hauptstraße 63
1045 Wien
wko.at/wp
wp@wko.at

AutorInnen:
MMag. Claudia Huber
Dr. Christoph Schneider
+43 (0)5 90 900-4401
claudia.huber@wko.at
christoph.schneider@wko.at

Inhaltsverzeichnis

1 Executive Summary	3
2 Definition und Abgrenzung	4
3 Aktuelle Entwicklungen und Herausforderungen für die Industrie	6
4 Bedeutung der Industrie in Europa	8
4.1 Industrie als Schlüsselfaktor für Wachstum und Wertschöpfung	8
4.2 Industrie als Beschäftigungsmotor	9
4.3 Hohe Bedeutung für Export und Anteil am globalen Wachstum	10
4.4 Industrie sichert Integration in globale Wertschöpfungsketten	10
4.5 Industrie überdurchschnittlich innovativ	11
4.6 Industrie sichert Wettbewerbsfähigkeit und weist überdurchschnittliche Produktivitätssteigerungen auf	11
5 Bedeutung der Industrie in Österreich	12
6 Industriepolitik	13
6.1 Industriepolitik für Europa	13
6.2 Industriepolitik in Österreich	15
6.3 Akteure der Industriepolitik in Österreich	16
6.4 Industriepolitik aus Sicht der WKÖ: Industriepolitik für einen modernen Standort	16
7 Herausforderungen aus Sicht der Wirtschaft	18
Herausforderung 1: Arbeitskosten als wichtiger Wettbewerbsfaktor	19
Herausforderung 2: Fachkräfte sichern und Qualifikation verbessern	19
Herausforderung 3: Abgabenlast reduzieren und Unternehmensbesteuerung modernisieren	19
Herausforderung 4: Wettbewerbsfähige Energiekosten und sichere Energieversorgung	19
Herausforderung 5: Umweltpolitik mit Augenmaß	20
Herausforderung 6: Österreich als attraktiven F&E&I Standort etablieren	20
Herausforderung 7: Internationalisierung: Wachstumschancen nutzen	21
Herausforderung 9: Bedeutung von Mobilität und Verkehrsinfrastruktur	22
Herausforderung 10: Unternehmerische Freiheit und Smart Regulation	22
8 Fazit	23

Um eine leichtere Lesbarkeit des Textes zu gewährleisten, wurde auf die explizite geschlechtsspezifische Schreibweise verzichtet.

1 Executive Summary

Die Industrie und ihre Rolle in der Gesamtwirtschaft sowie die wirtschaftspolitischen Optionen für den produzierenden Sektor haben im Zuge der globalen Wirtschafts- und Finanzkrise eine Neubewertung erfahren. Die Entwicklung der letzten Jahre war einerseits von einer zunehmenden Verschiebung der bestehenden industriellen Produktionskapazitäten in Schwellenländer, allen voran China, geprägt, andererseits von einer schrittweisen Deindustrialisierung in vielen Ländern. Zahlreiche Länder und internationale Organisationen, darunter vor allem die Europäische Kommission (EK), haben Strategien zu einer Neudefinition der Industriepolitik verfasst.

Europa - und damit auch sein produzierender Bereich - befinden sich in einer Phase tiefgreifenden Wandels, dem die bisherigen wirtschaftspolitischen Lösungsansätze und Mechanismen nicht mehr gerecht zu werden scheinen.

Zahlreiche Studien heben die **Industrie als Treiber des Wachstums** hervor und unterstreichen ihre Bedeutung für Wertschöpfung, Innovation und Produktivitätswachstum sowie Beschäftigung und Wohlstand.

Ziel der Strategie für den produzierenden Bereich ist es, diesen im Gefüge einer ausbalancierten gesamtwirtschaftlichen Struktur zu positionieren, die Hebel für eine hohe Wettbewerbsfähigkeit und die gesamtwirtschaftliche Rolle zu stärken und seine Bedeutung aufzuzeigen.

Um einen fortschrittlichen und international konkurrenzfähigen produzierenden Bereich zu erreichen, sind folgende strategische Schwerpunkte notwendig:

- **Investitionen in Innovation**
- **Abbau** von administrativen **Belastungen/Bürokratie**
- Besseren **Zugang zum EU-Binnenmarkt** und **globalen Märkten**
- **Sicheren Zugang zu Finanzierung und Kapitalmärkte**, insbesondere für Energie und Rohstoffe
- **Sicherung von notwendigem Humankapital** (Restrukturierung und Qualifikationsbedarf)

Aus Sicht der österreichischen Wirtschaft müssen die notwendigen Standortbedingungen, als Teil der europäischen Strategien, auch national wirtschaftspolitisch flankiert werden, damit der Standort Österreich in Europa attraktiv bleibt und noch attraktiver wird.

2 Definition und Abgrenzung

Im europäischen Sinn wird unter dem Begriff „Industrie“ überwiegend der **warenproduzierende Sektor** („Herstellung von Waren“ - Abschnitt C nach ÖNACE 2008) bezeichnet.

In einer weiter gefassten Betrachtung wird der gesamte Produzierende Bereich subsumiert, dies inkludiert die Abschnitte B bis F nach ÖNACE 2008 (Klassifizierungen siehe Übersicht). Innerhalb des klassifizierten Bereichs „Produzierender Bereich“ gibt es spezielle Bedürfnisse, Eigenschaften und Anforderungen einzelner Sektoren (z.B. pharmazeutische oder chemische Erzeugnisse, Energieerzeuger, etc.), die sich aus den Unterschieden der einzelnen Wirtschaftsabschnitte ergeben.

Übersicht: Produzierender Bereich	Abschnitt lt. ÖNACE 2008
Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	B
Herstellung von Waren	C
Energieversorgung	D
Wasserversorgung; Abwasser- und Abfallentsorgung und Beseitigung von Umweltverschmutzungen	E
Bau	F

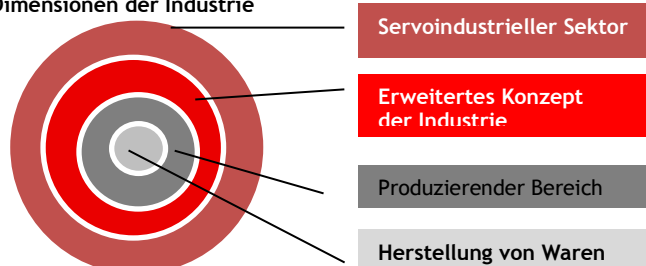
Der nur in Österreich gebräuchliche Industriebegriff der Wirtschaftskammersystematik orientiert sich überwiegend an institutionellen Gesichtspunkten oder den Gegebenheiten für die Leistungserstellung bzw. Produktion mit Blick auf eine Abgrenzung zwischen Industrie und Gewerbe.

Vielfältige Wechselwirkungen zwischen Wirtschaftsbereichen

Von wesentlicher Bedeutung für einen gut ausgebauten produzierenden Bereich ist ein anspruchsvoller Primärsektor, ebenso wie ein hoch effizienter Dienstleistungsbereich. Industrie- und Dienstleistungsunternehmen weisen eine wechselseitig stark ausgeprägte Abhängigkeit auf: Industrieunternehmen siedeln sich in der Regel dort an, wo auch ein adäquates Rohstoff- bzw. Dienstleistungsangebot gegeben ist und umgekehrt.

Die Industrie erfüllt verstärkt eine **Drehscheibenfunktion** und weist vor allem zu den unternehmensnahen Dienstleistungen enge Verknüpfungen auf. Somit wird Industrie heute zunehmend im Sinne eines erweiternden Konzepts der Industrie oder als „servoindustrieller Sektor“ verstanden. Das **Erweiterte Konzept der Industrie** enthält neben dem Produzierenden Bereich auch die Industrienahen Dienstleistungen (Vermietung beweglicher Sachen ohne Bedienungspersonal, Datenverarbeitung und Datenbanken sowie die Erbringung von unternehmensbezogenen Dienstleistungen). Der **Servoindustrielle Sektor** dehnt den Umfang der Industrie noch weiter aus, da das Erweiterte Konzept der Industrie um produktions-orientierte Teile des Dienstleistungssektors ergänzt wird.¹

Dimensionen der Industrie



Quelle: Industriewissenschaftliches Institut

¹ Vgl. Industriewissenschaftliches Institut

Die Industrie nach klassischem Verständnis unterscheidet sich in ihren Eigenschaften und Merkmalen wesentlich von den Dienstleistungen. Aus Sicht der Wirtschaft ist ein modernes Verständnis der Industrie notwendig.

Traditionelles Verständnis von Industrie:	Moderner Industriebegriff:
Hohes Maß an Mechanisierung	Drehscheibenfunktion mit Multiplikatoreffekt Hohe Ausbildungskapazität mit ausgeprägtem Fachkräftebedarf und hoher Beschäftigungsintensität
Hohe Automatisierung	Spezialisierung und Motor von Innovation, Forschung und Entwicklung
Physische Kapitalinvestitionen bedeutend	Wissensintensive Investitionen und überdurchschnittlich hohe Produktivität
Arbeitsteilung	Integration in internationale Wertschöpfungsketten
Hohe Stückzahl	Internationalisierung und Globalisierung
Material- und Energieintensiv	Preisdämpfende Effekte bei steigender Qualität
Starke vertikale Integration	Drehscheibenfunktion und Multiplikatoreffekt - Bedarf nach Komplettlösung, Servoindustrieller Sektor

Quelle: Eigene Darstellung

Im Folgenden und zur Entwicklung einer industriepolitischen Strategie wird Industrie breiter verstanden als die für die Spartenabgrenzung der Wirtschaftskammer herangezogenen Kriterien und bezieht sich auf die **Abschnitte B bis F „Produzierender Bereich“** nach ÖNACE 2008 Definition mit besonderem Fokus auf **Abschnitt C „Herstellung von Waren“**.

3 Aktuelle Entwicklungen und Herausforderungen für die Industrie

Renaissance der Industrie in Europa

Infolge der Globalisierung war die Industrie in den klassischen Industrieländern im Schrumpfen begriffen. In den letzten Jahren stieg das Bewusstsein für die Bedeutung der Industrie jedoch wieder an. Die viel zitierte „Renaissance der Industrie in Europa“ zeigt sich vorrangig in einem zunehmenden Bewusstsein, dass die Industrie ein wesentlicher Motor von Wachstum, Export- und Innovationsleistung sowie Beschäftigung und Wohlstand ist. In den letzten Jahren wurde in Europa und anderen Regionen deutlich, dass Länder mit einer intakten starken industriellen Basis die Krise besser gemeistert haben als eher Industrie schwächere Länder. Seitdem wird eine Reindustrialisierung Europas angestrebt. Ziel der EK ist es, den Industrieanteil am BIP von 15,2 % im Jahr 2012 auf 20 % bis zum Jahr 2020 zu erhöhen. Zur Erreichung dieses Zieles hat die EK im Oktober 2012 die Mitteilung „Eine stärkere europäische Industrie bringt Wachstum und wirtschaftliche Erholung“ präsentiert und wird diese voraussichtlich im Herbst 2013 aktualisieren.

Industrielle Kompetenz ist ein zentrales Thema für Wachstum

Die Wachstumszentren der Weltwirtschaft verschieben sich zunehmend. Damit verbunden ist einerseits eine Verlagerung von Teilen der Industrie näher an die Absatzmärkte wie auch eine kostenbedingte Verlagerung in Länder mit niedrigeren Faktorkosten (z.B. Energie, Löhne). Die Organisation der Industrie entlang von kontinentalen und globalen Wertschöpfungsketten war ursächlich für einen Bedeutungsgewinn in den Schwellenländern. Die alten Industrieländer mit hohem Pro-Kopf-Einkommen fokussieren sich zunehmend auf wertschöpfungsintensive Teile der Leistungserstellung, die oft einen hohen Dienstleistungsanteil aufweisen (z.B. Forschung und Entwicklung (F&E), Design, Logistik, Marketing, Finanzierung), während die Produktion selbst in einer internationalen Arbeitsteilung erfolgt. In Summe stieg der Anteil der Entwicklungsländer an der globalen industriellen Wertschöpfung in der Vergangenheit kontinuierlich an. Vor allem in Südostasien ist die Industrie mit durchschnittlich 25 % der Bruttowertschöpfung ein starker Faktor. In den Industrieländern innerhalb und außerhalb Europas liegt der Anteil der Industrie an der Bruttowertschöpfung durchschnittlich bei 15 %.² Österreich weist mit über 18 % einen wesentlich höheren Anteil der Industrieanteil auf.

Strukturwandel in der Industrie: Tertiärisierung und hybride Wertschöpfung³

Zwischen den beiden Sektoren Industrie und Dienstleistungen bestehen sehr enge wechselseitige Beziehungen. In der Industrie zeichnet sich ein Wandel hin zu stärkerer Kundenorientierung sowie wachsender Nachfrage nach Komplettlösungen und maßgeschneiderten Produkten ab. Lösungen und Produkte der Industrie enthalten immer häufiger einen umfangreichen Anteil an Dienstleistungen. Auslagerungen von Dienstleistungsaktivitäten durch Industrieunternehmen resultieren in einem Wachstum des Dienstleistungssektors. Mit Industrieprodukten werden vermehrt Lösungen für bestimmte Anforderungen verkauft, weshalb sich die Wertschöpfungskette des Betriebes durch ergänzende Dienstleistungen deutlich verlängern kann. Bei Bedarfsdeckung durch heimische Dienstleister ist diese Verlängerung aufgrund der geringen importierten Vorleistungen sehr positiv für die heimische Wertschöpfung, insbesondere jedoch von hoher Exportrelevanz. Mitverkauft werden neben Qualität auch hohe Wertschöpfungsaktivitäten wie Marken und Marketing, Logistik, Schulung, oft auch Teile des Betriebs von Anlagen oder deren Wartung. Folglich entwickeln sich Industrie- und Dienstleistungssektoren immer weiter weg von homogenen Aggregaten und die Unterscheide innerhalb der Sektoren werden zunehmend größer als zwischen diesen.⁴

3. Industrielle Revolution

Derzeit ist neben den Verschiebungen im globalen und gesamtwirtschaftlichen Gefüge ein technologischer Paradigmenwandel im Gange, der mit dem Schlagwort „Dritte industrielle Revolution“⁵ bezeichnet wird. Im Mittelpunkt stehen Informations- und Kommunikations-

² Vgl. BDI bzw. IW Köln (2013)

³ Unternehmen, die Industrieprodukte herstellen und eine Mindestanzahl von Tätigkeiten entlang einer lebenszyklusorientierten Wertschöpfungskette anbieten, werden als hybrid bezeichnet (Definition BDI, 2013)

⁴ Vgl. OECD 2006/9 The Changing Nature of Manufacturing in OECD Economies; BDI Industrielle Wertschöpfung

⁵ Jeremy Rifkin (2011)

technologie, neue Werkstoffe, Internet und neue Technologien in Zusammenhang mit erneuerbaren Energien.⁶ Aus Sicht der Wirtschaft gilt es, die Zentralität fossiler Rohstoffe zu überwinden, einen effizienten Umgang mit endlichen Rohstoffen zu erreichen und Wachstum vom Ressourcenverbrauch relativ zu entkoppeln.

Rohstoffsicherheit muss gegeben sein

Rohstoffländer zeichnen sich in der Regel durch einen hohen Anteil an rohstoffnaher Industrie aus. Da den Materialkosten gerade auf betriebswirtschaftlicher Ebene eine hohe Bedeutung zukommt, braucht es offene und faire Märkte für Rohstoffe. Für Industrieunternehmen spielen die Energiekosten und Vorleistungen als Teil der Materialkosten eine besonders bedeutende Rolle. Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage, ob es für Unternehmen rohstoffreicher Länder zu systematischen Wettbewerbsvorteilen und somit zu Marktverzerrung kommt. Aus diesem Grund erscheint es aus Sicht der Wirtschaft notwendig, dass der Fokus auch auf die ersten Verarbeitungsstufen gelegt wird. Viele Herausforderungen in diesem Zusammenhang können nicht von den Unternehmen selbst bewältigt werden, sondern sind Aufgabe der nationalen und europäischen Politik. Dazu zählen die internationalen Freihandelsabkommen gegen Protektionismus und marktbehindernde Tendenzen. Ebenfalls fordert die Wirtschaft, dass Ersatzstoffe besser erforscht und Recyclingtechniken verbessert werden sowie die Materialeffizienz erhöht wird. Viele Länder in Europa weisen kaum eigene Vorkommen an Rohstoffen und fossiler Energie auf, weshalb der Innovation eine bedeutende Rolle zukommt, um Wettbewerbsnachteile gegenüber Rohstoffländern etwas abzuschwächen und auszugleichen. Aufgrund der stagnierenden Ausgaben für F&E vom Staat kommt den privaten Investitionen in Innovation und Forschung und Entwicklung eine Schlüsselrolle zu.

Industriepolitik: weniger ist mehr?

In den Regionen der Welt zeigen sich unterschiedliche Auffassungen, welche Industriepolitik als geeignet angesehen wird. Einige Länder versuchen sich durch ihre Industriepolitik Vorteile zu verschaffen, beispielsweise betreibt China massiv Industrialisierungspolitik mit starkem staatlichem Engagement, während sich die USA auf der Basis energie- und umweltpolitischer Entscheidungen zunehmend zu einem energieautarken Land entwickeln und beispielsweise gegenüber den europäischen Unternehmen deutliche Vorteile durch niedrigere Gaspreise einerseits und aufgrund einer anderen Gestaltung der Finanzinstitutionen und Finanzmärkte bessere Zugänge zum Kapitalmarkt und zu alternativen Finanzierungsquellen andererseits aufweisen.

Standortbedingungen in Europa entscheidend

Mit Ausnahme einiger Sektoren (z.B. Stahl, Luft- und Weltraumfahrt, IKT) hat die Europäische Union einen horizontalen industriepolitischen Ansatz gewählt, bei dem Industriepolitik als Querschnittsmaterie positioniert ist, die in alle Politikfelder wirkt. Die Rolle des Staates beschränkt sich auf die Gestaltung geeigneter Rahmenbedingungen für Unternehmen und Wachstum und die Sicherung des Wettbewerbs im Binnenmarkt. Die Mitgliedstaaten der Europäischen Union verfolgen diesen Ansatz sehr unterschiedlich. Während Deutschland und auch Österreich sich zunehmend an der Wettbewerbsfähigkeit des (Industrie)Standortes orientieren, greift Frankreich beispielsweise viel massiver in den Markt ein und unterstützt einzelne Industrien oder Unternehmen direkt oder indirekt.

Horizontale Industriepolitik für Österreich

Die Wirtschaft begrüßt die Initiativen der Europäischen Kommission zur Stärkung der industriellen Basis in Europa. Aus Sicht der WKÖ muss eine funktionierende proaktive und moderne Industriepolitik für Österreich horizontal ausgerichtet sein im Sinne eines integrierten Gesamtkonzeptes, das alle Politikbereiche erfasst und konkurrenzfähige Rahmenbedingungen schafft.

⁶ Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit: Die Dritte industrielle Revolution (2008)

4 Bedeutung der Industrie in Europa

Die Industrie (Abschnitt C - Herstellung von Waren) ist für die Wirtschaft der Europäischen Union von zentraler Bedeutung.

Leistungen der Industrie in der EU-27:

... **15,2 %** der Bruttowertschöpfung im Jahr 2012, dies entspricht **1.757 Mrd. EUR**

... **2,13 Mio.** Unternehmen im Jahr 2010

... **80 %** der europäischen Exporte

... **80 %** der Ausgaben für F&E im privaten Bereich (zuletzt verfügbare Daten von 2009)

Quelle: Eurostat

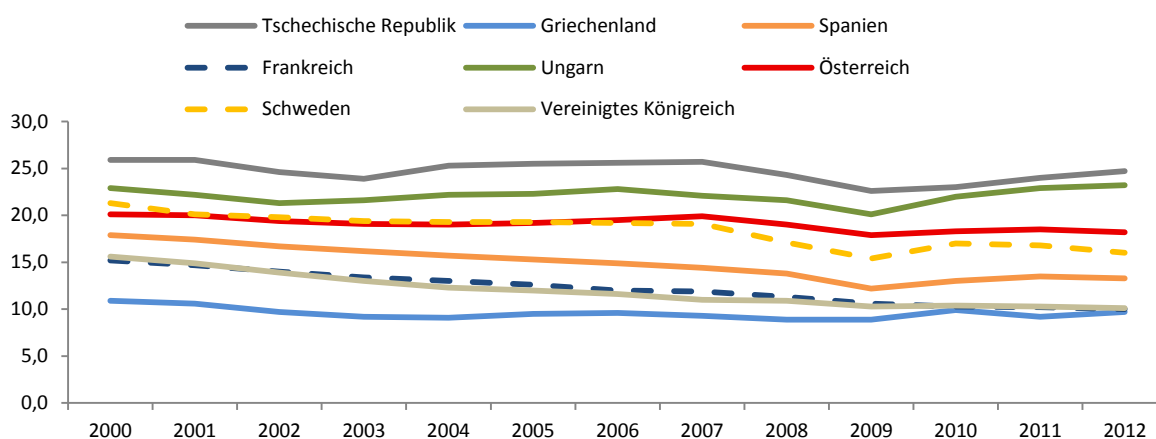
Die fünf größten Volkswirtschaften der EU (Deutschland, Italien, Frankreich, Großbritannien und Spanien) erreichen einen Anteil von 70 % an der industriellen Produktion in Europa und nehmen damit eine bedeutende Rolle ein.⁷

4.1 Industrie als Schlüsselfaktor für Wachstum und Wertschöpfung

3 Ländergruppen in Hinblick auf Anteil der Industrie an der Bruttowertschöpfung im Zeitraum 2000 bis 2012:

Wachsender Anteil der Industrie	Leicht schrumpfende Anteile der Industrie	Schrumpfender Anteil der Industrie
Polen Litauen Ungarn Deutschland	Estland Niederlande Österreich Griechenland Tschechien	Slowakei Portugal Italien Spanien Großbritannien Frankreich Belgien Kroatien

Anteil der Herstellung von Waren an der Bruttowertschöpfung in %



Quelle: Eurostat

Entwicklung des Industrieanteils im Zeitraum 2000 bis 2012 in den EU-27:

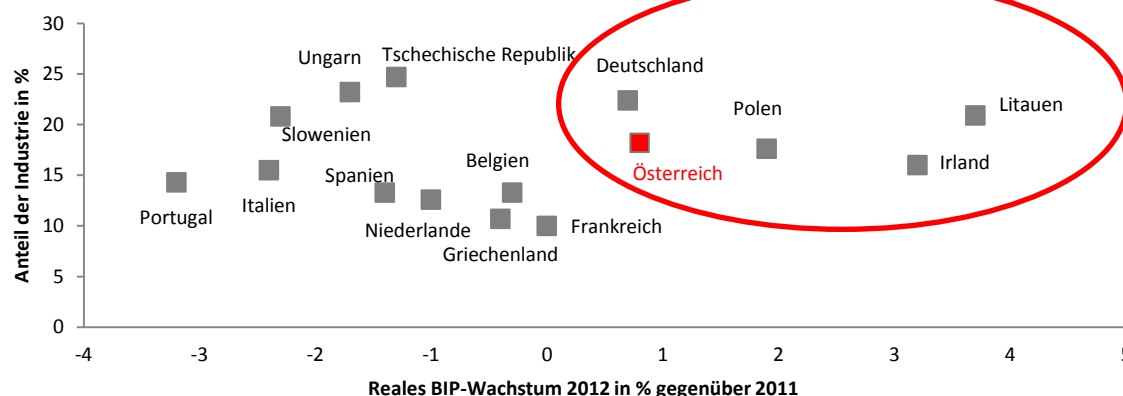
- Leicht rückläufig in **Österreich**, nichtsdestotrotz gehört Österreich im internationalen Vergleich zur Gruppe jener Länder mit den höchsten Industrieanteilen gemessen an der gesamten Wertschöpfung.
- **Deutschland** weist einen Anteil der Industrie an der Wertschöpfung von 22,4 % auf. Der Anteil ist damit weit größer als in anderen großen europäischen Volkswirtschaften [und steht im Zusammenhang mit der Exportleistung des Landes].
- Eine Vielzahl von **osteuropäischen Ländern**, die sich im Aufholprozess befinden, weisen ebenfalls einen hohen Anteil der Industrie auf (Litauen, Tschechien und Polen).

⁷ Vgl. European Competitiveness Report 2012

- Im Gegenteil dazu weisen v.a. große Mitgliedstaaten wie **Frankreich** und **Großbritannien** nur einen sehr geringen Anteil an Industrie an der Wertschöpfung auf (ca. 10 %).
- **Griechenland, Zypern und Luxemburg** bilden das Schlusslicht der europäischen Betrachtung und weisen jeweils Industrieanteile von 9,6 % bzw. um 6 % auf.

Eine Vielzahl von Studien belegt eine **signifikante Korrelation zwischen dem Industrieanteil und dem Wachstumstempo** einer Volkswirtschaft. Zu den Ländern, die die Krise besonders gut bewältigen konnte, zählten einige jener Länder, die einen hohen Industrieanteil aufweisen.

Anteil der Industrie an der Bruttowertschöpfung 2012 vs. Wachstum 2012



Quelle: Eurostat, Roland Berger Strategy Consulting

4.2 Industrie als Beschäftigungsmotor

Im Durchschnitt sind in der EU-27 in der Herstellung von Waren **97,2 %** der Unternehmen kleine und mittlere Unternehmen (KMU). Der Anteil der Unternehmen mit mehr als 250 Beschäftigten beschränkt sich demgemäß auf 2,8 %. Im europäischen Vergleich weist Österreich überdurchschnittlich viele mittlere Unternehmen (5,6 %) und relativ gesehen weniger große Unternehmen auf (1,8 % in Österreich, EU-27 Durchschnitt 2,8 %). Die EK geht davon aus, dass durch laufende Auslagerungen von Nicht-Kernaktivitäten der Industrie ein Industriearbeitsplatz in der Regel einen weiteren Arbeitsplatz im industrienahen Dienstleistungsbereich sichert.

Verteilung der Unternehmen, Herstellung von Waren (nach europäischer KMU-Definition), 2010, in %

	0 bis 9	10 bis 49	50 bis 249	KMU	250+
EU-27	79,9	13,9	3,4	97,2	2,8
Deutschland	62,2	28,2	7,7	98,1	1,9
Italien	82,2	15,4	2,1	99,7	0,3
Österreich	72,2	20,4	5,6	98,2	1,8
Schweden	87,5	9,4	2,5	99,4	0,6

Quelle: Eurostat

In ganz Europa wurden im Jahr 2010 im Bereich der Herstellung von Waren **60 % der Arbeitsplätze für unselbständig Beschäftigte** von KMU geschaffen. Im Durchschnitt der EU-27 sind die weniger als 3 % großen Unternehmen für 40 % der Beschäftigten verantwortlich. Österreich weist eine ähnliche Struktur wie Deutschland und die Schweiz auf, indem mittlere Unternehmen besonders bedeutend für die Beschäftigung in der Industrie sind.

Verteilung der Beschäftigung, Herstellung von Waren, 2010, in %

	0 bis 9	10 bis 49	50 bis 249	KMU	250+
EU-27	14,3	20,5	25,3	60,0	40,0
Deutschland	7,4	16,4	24,6	48,3	51,7
Italien	24,6	30,8	21,3	76,7	23,3
Österreich	9,4	17,9	26,2	53,4	46,6
Schweden	12,2	17,6	22,7	52,4	47,6

Quelle: Eurostat

4.3 Hohe Bedeutung für Export und Anteil am globalen Wachstum

Die **Bedeutung von Industriewaren als Exportgut** stieg in den vergangenen 10 Jahren an, sodass Industriewaren in Summe rund 80 % der globalen Exporte ausmachen. Die dynamische Entwicklung zeigt sich auch in dem Anstieg des realen Welthandelsvolumens von Industriewaren im Zeitraum von 2000 bis 2008 um 160 %. Die Bedeutung von Agrarstoffen und Gütern aus den Bereichen Energie und Bergbau legte im selben Zeitraum insgesamt um 36 bzw. um 27 % zu.⁸

- Die Leistungsbilanzsaldos zeigen, dass **Länder mit einer starken Konzentration auf die Warenproduktion** Vorteile beim Außenhandel haben, während Länder mit einer niedrigen industriellen Kompetenz oftmals ein Leistungsbilanzdefizit aufweisen.
- Besonders eindrucksvoll ist der **eindeutig positive Zusammenhang zwischen dem Anteil der Industrie am BIP und dem Anteil der Nettoexporte am BIP**: Je höher der Anteil der Industrie, desto wahrscheinlicher ergeben sich für das jeweilige Land auch positive Nettoexporte.
- Ein internationaler Vergleich der Exportstruktur nach Mitarbeitergrößenklassen (OECD Daten) zeigt, dass industrielle Ausfuhren überwiegend von **Großunternehmen** getätigt werden: Großunternehmen sind in vielen Ländern - darunter auch Österreich - für mehr als zwei Drittel der Ausfuhren verantwortlich. In Deutschland und den USA ist der Unterschied der Exporte nach Größenklassen noch stärker ausgeprägt, indem 80 % der Export von großen Unternehmen getätigt werden.

4.4 Industrie sichert Integration in globale Wertschöpfungsketten

Die Industrie ist in die **globalen Wertschöpfungsketten stark integriert**. Die Industrie trägt zur Ausgeglichenheit der Volkswirtschaft bei und schafft einen hohen Anteil inländischer Wertschöpfung für den Export. Infolge der Globalisierung gewann das *Outsourcen* von Produktion an Bedeutung in Hinblick auf die Kostenoptimierung und den Marktzugang. Die komparativen Wettbewerbsvorteile und die Absatzpotenziale führten zu einer starken Zunahme des Handels mit Zwischen- und Halbfertigprodukten. Die Position und Performance innerhalb der globalen Wertschöpfungsketten, gemessen am inländischen Anteil der Wertschöpfung an den Exporten und nicht die traditionelle Messung der Warenexporte, wird ein immer wichtigerer Indikator für Politikentscheidungen.

Anteil des Exports von Zwischenprodukten an den gesamten Exporten, in %

	1998	2000	2005	2010
Österreich	57,1	56,4	55,2	57,8
Finnland	60,8	60,5	59,7	68,7
Deutschland	49,7	50,7	49,7	48,9
Italien	47,4	48,2	49,9	51,8
Schweden	58,8	56,8	56,2	60,2

Quelle: OECD STAN Bilateral Trade Database

⁸ World Trade Organisation, Dynamik des globalen Handels auf Basis preisbereinigter Werte, 2000=100

4.5 Industrie überdurchschnittlich innovativ

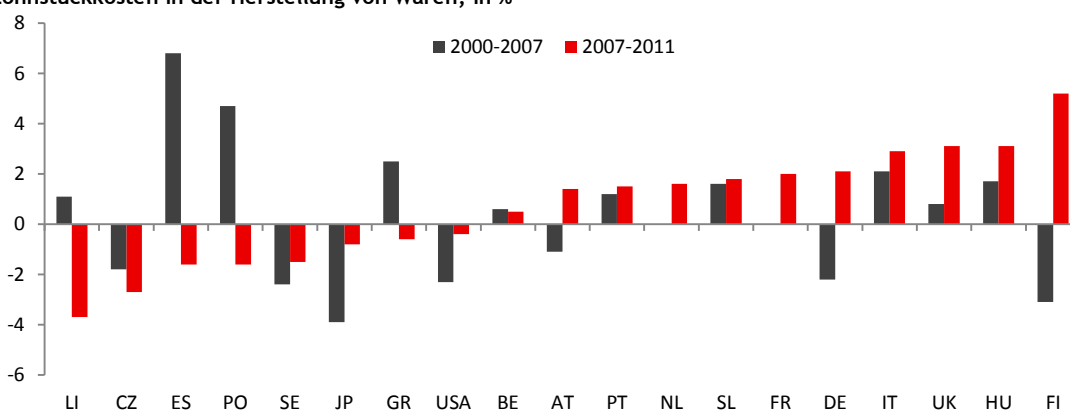
- Die Herstellung von Waren ist mit einem Anteil an den F&E-Ausgaben des privaten Sektors in Europa von über 80 % ein zentraler Bestandteil der wissensbasierten Wirtschaft.
- Die *Innovation Leader* wie Deutschland, Schweden oder Finnland, die Heimat starker weltweit tätiger und börsennotierender Großunternehmen sind, weisen noch höhere Industrieanteile bei den F&E Ausgaben von jeweils 80 % auf.
- Gemessen an der **F&E Intensität** (prozentualer Anteil der Einnahmen, der für F&E ausgegeben wird) liegt die Industrie in Österreich bei 7,4 %, jene des Dienstleistungssektors bei 0,9 % und jene der unternehmensbezogenen Dienstleistungen bei 2,2 %. Im Vergleich zu den *Innovation Leaders* gibt sich eine deutlich geringere F&E Intensität Österreichs. Ausnahme bilden die Industrieunternehmen im mittleren Technologiesegment, die annähernd zu den *Innovation Leader* aufschließen können.
- Ohne Berücksichtigung der Branche zeigt sich, dass insbesondere **große Unternehmen** ein hohes Maß an Innovationsaktivitäten durchführen. Zwar ist auch die Hälfte der Kleinunternehmen (10 bis 49 Beschäftigte) innovationsaktiv, bei den Großunternehmen sind es fast 90 %.
- Im europäischen Vergleich sind zwischen 30 und 60 % der Unternehmen sowohl in **nicht-technologischen** (wie z.B. Organisations- und/oder Marketinginnovationen) als auch **technologischen Innovationsaktivitäten** aktiv. Auf KMU trifft dies in der Regel in geringerem Ausmaß zu.⁹

4.6 Industrie sichert Wettbewerbsfähigkeit und weist überdurchschnittliche Produktivitätssteigerungen auf

Um im globalen Wettbewerb bestehen zu können und erfolgreich zu sein, müssen neben Qualität und Service auch konkurrenzfähige Preise gegeben sein. Ein Maß dafür sind die Lohnstückkosten, also das Verhältnis zwischen Arbeitskosten und Produktivität. Einige Länder Europas haben in den vergangenen Jahren Fortschritte erzielt, indem sie ihre Wettbewerbsfähigkeit durch eine Reduzierung der Lohnstückkosten verbessern konnten.

Die USA und Japan konnten ihre Kosten deutlich stärker senken als viele Länder der Eurozone. Österreich konnte im Zeitraum 2000 bis 2007 die Lohnstückkosten erfolgreich reduzieren. In Österreich stiegen die Lohnstückkosten - also die Arbeitskosten je Produkteinheit - seit der Krise um 1,4%.¹⁰ Dies war in erster Linie der sinkenden Produktivität zuzuschreiben und der Tatsache, dass die Betriebe trotz schwächerer Auftrags- und Geschäftslage ihre Beschäftigten weitgehend gehalten haben. Im selben Zeitraum wurde der kräftige Anstieg der Arbeitskosten in Österreich mehrheitlich von einer überdurchschnittlichen Steigerung der Lohnnebenkosten getrieben.

Lohnstückkosten in der Herstellung von Waren, in %



Quelle: IW Köln

⁹ vgl. Österreichischer Forschungs- und Technologiebericht (2013), Kapitel: Die Rolle der Industrie im Innovationssystem, S. 108-134

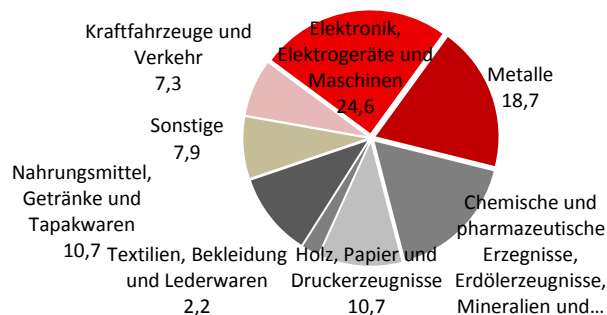
¹⁰ Vgl. Eurostat

5 Bedeutung der Industrie in Österreich

Leistungen der Industrie (Herstellung von Waren) in Österreich:

... **18,2 %** an der Wertschöpfung im Jahr 2012, dies entspricht **50,5 Mrd. EUR**
 ... **25.196** Unternehmen mit **609.142** unselbstständig Beschäftigte im Jahr 2011
 ... **70,0 %** der privaten Ausgaben für F&E im Jahr 2009 (zuletzt verfügbare Daten).
 Quelle: Eurostat

Sektorale Spezialisierung in der verarbeitenden Industrie, Österreich 2009, Anteil in %



Quelle: EK, *European Competitiveness Report 2012, Austria*

- **Schnelleres reales Wachstum der Industrie** im Vergleich zum realen BIP im Zeitraum 1995 bis 2010.
- **Bedeutender Schöpfer von Arbeitsplätzen** - auch im ländlichen Raum, da die industrielle Produktion auf das gesamte österreichische Gebiet verteilt ist.
- Der Produzierende Bereich/Herstellung von Waren weist eine **hohe Beschäftigungsintensität** und **Ausbildungskapazität** auf. (Lehrlings-ausbildung fast 70 % der Unternehmen im produzierenden Bereich; im Vergleich Dienstleistungsbereich: 38,2 %).¹¹
- Die **4 Warengruppen** Maschinen und Fahrzeuge, Bearbeitete Waren, Chemische Erzeugnisse und sonstige Fertigwaren machen **80 % der österreichischen Warenexporte** aus.¹²
- Österreich verfügt über **120 Weltmarktführer**, so genannte „Hidden Champions“, dies sind oftmals hoch spezialisierte kleine bis mittelgroße Unternehmen, die zu den weltweiten Marktführern gehören. 93% davon kommen aus der Industrie.¹³
- **Guter Mix aus Leitbetrieben** und innovativen kleinen und mittleren Unternehmen.
- Österreichs Unternehmen sind stark in die globalen Wertschöpfungsketten integriert. Insgesamt ist der **inländische Anteil an der Wertschöpfung** deutlich höher als in anderen Volkswirtschaften (ausländischer Anteil über alle Sektoren: 24%).¹⁴
- **Überdurchschnittlicher Produktivitätszuwachs** in der österreichischen Industrie, während die Arbeitskosten 2011 etwa im selben Ausmaß stiegen wie im gewichteten Durchschnitt der wichtigsten Handelspartner.¹⁵

Der Servoindustrielle Sektor Österreichs 2010 ¹⁶	Direkte Effekte	Gesamteffekte	Anteil der Gesamteffekte an Österreich	Multiplikator
Produktion	320,26 Mrd. EUR	376,52 Mrd. EUR	69,0 %	1,18
Wertschöpfung	126,53 Mrd. EUR	155,14 Mrd. EUR	60,5 %	1,23
Beschäftigungsverhältnisse	1.830.996	2.377.430	55,9 %	1,30
Vollzeitäquivalente	1.641.390	2.094.779	56,8 %	1,28

Quelle: Statistik Austria (2010), Leistungs- und Strukturstatistik 2008, Aufkommens- und Verwendungstabelle 2006, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung 2008, IWI-Berechnungen (Input-/Output-Analyse)

¹¹ Quelle: Statistik Austria, Pressemitteilung: 10.408-261/12

¹² Quelle: Außenhandelsstatistik

¹³ Quelle: BWMFJ

¹⁴ Quelle: OECD

¹⁵ WIFO-Monatsbericht 9/2012, Preisliche Wettbewerbsfähigkeit 2011 durch Abnahme der Lohnstückkosten verbessert

¹⁶ Industriellenvereinigung, <http://www.iv-net.at/b795m91/>, 29.8.2013

6 Industriepolitik

Der Begriff **Industriepolitik** hat viele verschiedene Definitionen und wird unterschiedlich interpretiert.

„**Industriepolitik** bedeutet jegliche Art von Intervention oder Regierungsstrategie, die versucht, wirtschaftliche Rahmenbedingungen zu verbessern oder die Struktur wirtschaftlicher Aktivität in Richtung Sektoren, Technologien und Aufgaben zu verändern, von denen bessere Chancen für Wirtschaftswachstum oder gesellschaftliche Wohlfahrt erwartet werden als ohne diese Intervention in Aussicht ständen“.¹⁷

Je nach **Grad des Eingriffs in die Strukturen** kann die Industriepolitik sich verschiedener Instrumente bedienen.

- Nach dem ***laissez-faire* Prinzip** besteht kein Grund für aktive Industriepolitik, da sich der Markt selbst reguliert. Die Rolle des Staates ist es, die bestmöglichen Rahmenbedingungen und damit makroökonomische und finanzielle Stabilität zu schaffen.
- Das **traditionelle Industriepolitikkonzept** basiert auf Staatshilfe und Verstaatlichungen. Die Notwendigkeit für diesen Zugang wird oft mit Marktversagen begründet. Historisch wurden jedoch Industrien und Unternehmen zum Teil für Unterstützung durch den Staat nach schwachen Kriterien ausgewählt und Steuern und Subventionen oft nach politischen Gesichtspunkten vergeben. Deswegen ist dieser Zugang auch ein häufig verwendetes Argument gegen Industriepolitik.
- Der **neoklassische Zugang** korrigiert Marktversagen. Spezielle Bereiche wie junge Industrie, Agglomerationseffekte und strategische Handelspolitik werden durch spezielle Anreize, Subventionen, aber auch durch das Einsetzen von Handelshemmnissen gefördert.
- **Industriepolitik des neuen Wachstums** basiert auf technologischen Ressourcen und fördert die Bereiche F&E, Bildung und Technologie.
- **Systembasierte Industriepolitik** versucht, Kooperationsprobleme und Wissensunterschiede zwischen Staat und Industrie zu lösen.¹⁸

6.1 Industriepolitik für Europa

Europa verfügte lange Zeit über keine eindeutig definierte Industriepolitik. Die Industriepolitik wurde im Jahr 1992 explizit in die EU-Rechtsetzung (Vertrag von Maastricht) integriert. Die Industriepolitik fällt überwiegend in die Zuständigkeit der Mitgliedstaaten der Europäischen Union und wird nicht auf EU-Ebene durchgeführt, mit Ausnahme der für die Industrie bedeutenden Wettbewerbspolitik.

Seit 2000 wird in Europa ein horizontaler Ansatz verfolgt, im Sinne von Politiken, die für alle Wirtschaftszweige wichtig sind.

Diametrale Ansätze in der Industriepolitik zeigen sich innerhalb Europas am deutlichsten am Beispiel von Frankreich und Deutschland. Während Frankreich sehr stark auf eine selektive und sektorale Wirtschaftspolitik setzte, verstand Deutschland Industriepolitik in einem breiteren Ansatz als die Gestaltung nationaler Rahmenbedingungen und verfolgte eine horizontale und rahmenorientierte Industriepolitik.

¹⁷ vgl. *OECD Beyond Industrial Policy*

¹⁸ Ebd.

Phasen der Industriepolitik auf EU-Ebene



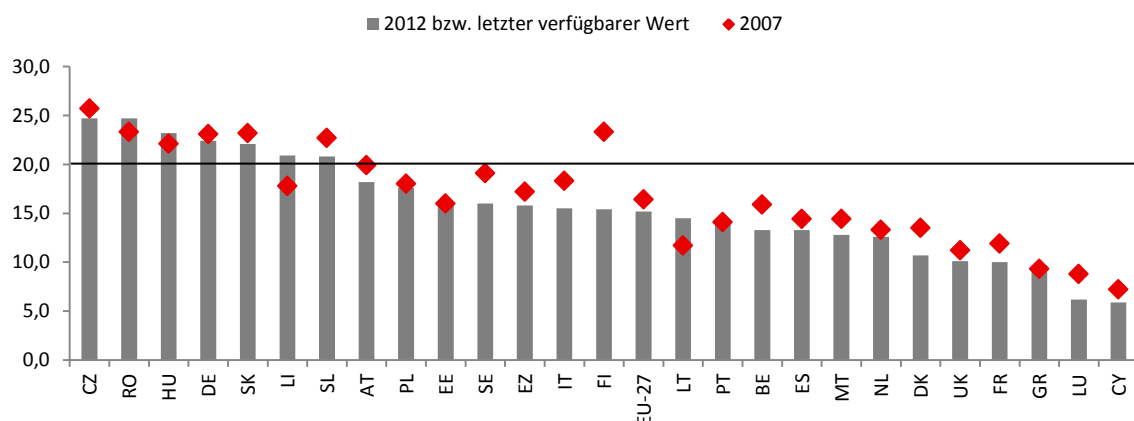
Quelle: WIFO, Eigene Darstellung

Im Rahmen der **Europa 2020 Strategie**¹⁹ wurde die Industriepolitik als eine von sieben Leitinitiativen formuliert: „**Industriepolitik im Zeitalter der Globalisierung**“, um die Rahmenbedingungen für Unternehmen, insbesondere für KMU, zu verbessern und eine international wettbewerbsfähige, starke und tragfähige Industriestruktur zu fördern. Die sieben Leitinitiativen sind bindend für die EU und die Mitglieder. Ziel der Kommission ist es, eine **moderne, die unternehmerische Entfaltung fördernde Industriepolitik**“ zu erarbeiten.

Die EU-Kommission hat sich zum Ziel gesetzt, eine Industriepolitik zu etablieren, die für die Beibehaltung und Weiterentwicklung einer starken, wettbewerbsfähigen und diversifizierten industriellen Grundlage in Europa optimale Voraussetzungen schafft und die Industrie beim Übergang zu einer energie- und ressourceneffizienteren Wirtschaft zu unterstützen. Dafür wurde ein horizontaler Ansatz für Industriepolitik entwickelt, in dem verschiedene politische Instrumente (z.B. „intelligente“ Regulierung, ein modernisiertes öffentliches Auftragswesen, Wettbewerbsregeln und Normung) miteinander verknüpft werden. Die EU-Kommission fordert eine „dritte industrielle Revolution“.

Der Anteil der Industrie am Bruttoinlandsprodukt soll deutlich steigen. Das Ziel lautet: Den **Anteil der Industrie am BIP der EU bis 2020 von zurzeit 15,2 % auf 20 % anzuheben.**

Anteil der Industrie an der Bruttowertschöpfung vor der Krise (2007) und im Jahr 2012 - Ausgewählte EU-Länder



Quelle: Eurostat

¹⁹ Details zur EU-2020 Strategie und Leitlinie der Europäischen Kommission: Eine stärkere europäische Industrie bringt Wachstum und wirtschaftliche Erholung, 10.10. 2012, <http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=CELEX:52012DC0582:EN:NOT>

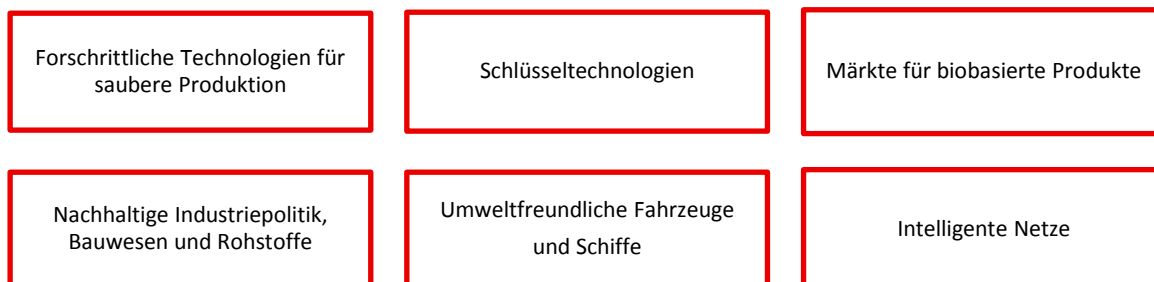
Dies soll gemäß der EK mit folgenden Maßnahmen erreicht werden:

- **kräftiges Anziehen des Investitionsvolumens** (Bruttoinvestitionen und Investitionen in Ausrüstung)
- **Ausweitung des Warenhandels im Binnenmarkt** (auf einen Anteil am BIP von 25 % im Jahr 2020)
- **deutliche Zunahme der in Drittländer exportierenden KMU**

Die Europäische Kommission hat **vier Säulen** für eine proaktive Industriepolitik definiert:



Die 6 Prioritäten werden in Form von Task Forces, mit dem Ziel, die Investitionen im jeweiligen Bereich zu erhöhen, umgesetzt.



Die europäische Industriepolitik ist damit primär horizontal ausgerichtet mit Elementen einer sektoralen Industriepolitik.

6.2 Industriepolitik in Österreich

Ähnlich wie Europa verfügte Österreich lange Zeit über keine ausformulierte Industriepolitik. Ein wesentlicher Meilenstein in der Geschichte der österreichischen Industrie war die Privatisierung verstaatlichter Industrie in den 1990-er Jahren unter Beibehaltung der Firmenzentralen in Österreich. Im Verlauf der letzten 50 Jahre hat sich die Industriepolitik deutlich gewandelt: Von einer stark an materiellen Investitionen orientierten Industriepolitik zu einer stärkeren Fokussierung von Qualitätsmerkmalen (Förderung sogenannter Topinvestitionen) bis hin zu einer Innovations- und Qualifizierungspolitik. Aiginger und Sieber²⁰ attestieren Österreich einen gelungenen Wandel von einer die Industrie besonders begünstigenden Politik zu einer mehr systemischen Politik. Durch die doppelte Öffnung (Ostöffnung und EU-Beitritt) manifestierte sich zunehmend eine starke Orientierung an der Wettbewerbsfähigkeit und an unterstützenden Rahmenbedingungen.

Das WIFO Weißbuch für Wachstum und Beschäftigung²¹ thematisierte eine vorwärts gerichtete Politik zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit, um Wachstum zu steigern und Beschäftigung zu erhöhen. Das Ziel soll sein, dass der produzierende Bereich und insbesondere die Industrie dauerhaft einen wesentlichen Beitrag zum Wohlstand leisten.

²⁰ Vgl. Aiginger und Sieber (2009)

²¹ Vgl. Aiginger, Tichy und Walterskirchen (2006)

6.3 Akteure der Industriepolitik in Österreich

In der Praxis verfolgt Österreich eine integrierte Industriepolitik, die der hohen Diversität leistungsfähiger Branchen und Betriebe, der relativen ‚Kleinheit‘ des österreichischen Marktes bzw. der starken Außenorientierung und der Konzentration auf die Wettbewerbsfähigkeit Rechnung zu tragen versucht. Sie wird als Querschnittsmaterie in unterschiedlichen Politikbereichen, die für die Industrie besonders wichtig sind, gesehen. Aufgrund des horizontalen Ansatzes in Österreich gibt es kein explizit für Industriepolitik zuständiges Ministerium in Österreich und wenige sektorspezifische Initiativen.

Das **Bundesministerium für Wirtschaft, Familie und Jugend (BMWFJ)** sowie das **Bundesministerium für Verkehr, Innovation und Technologie (BMVIT)** sind aufgrund ihrer Kompetenzprofile die wesentlichen Träger der Industriepolitik in Österreich. Des Weiteren hat das **Lebensministerium (BMLFUW)** aufgrund der Regelungskompetenz für Umwelt (z.B. Chemie, Luft, Abfall, ...) und Klima maßgeblichen Einfluss auf den Wirtschaftsstandort.

Ein für die Industrie besonders wichtiger Bereich, die **Forschungs- und Innovationspolitik**, wird überwiegend von Trägerorganisationen und Agenturen durchgeführt (Österreichische Forschungsförderungsgesellschaft - FFG, Austria Wirtschaftsservice GmbH - aws und außeruniversitäre Forschungseinrichtungen, z.B. AIT, ISTA, ÖAW).

Die **österreichischen Sozialpartner** sind für die Industrie insbesondere aufgrund ihrer Verantwortung für eine verantwortungsvolle und produktivitätsorientierte Lohnpolitik bedeutend. Außerdem vertreten sie als Interessenvertretungen auf der Basis der Mitgliedschaft von Unternehmen bzw. ArbeitnehmerInnen Vorschläge zur Verbesserung der Standortbedingungen gegenüber der Politik und unterstützen die Verwaltung in der Umsetzung. Eine wichtige Rolle in der Interessenvertretung spielt auch die Vereinigung der österreichischen Industrie (IV).

6.4 Industriepolitik aus Sicht der WKÖ: Industriepolitik für einen modernen Standort

Die WKÖ begrüßt die verstärkte Aufmerksamkeit der EK und anderer Organisationen für die Bedeutung der Industrie.

Aus Sicht der WKÖ muss eine proaktive und moderne Industriepolitik für Österreich folgende Eckpunkte zum Ziel haben:

- **Integriertes Gesamtkonzept**, das alle wirtschaftlich relevanten Politikbereiche erfasst.
- **Fokus auf konkurrenzfähige Rahmenbedingungen** für in Österreich und von Österreich aus tätige Unternehmen am Industriestandort Österreich,
- **nach den Prinzipien der sozialen Marktwirtschaft** und orientiert an einer dauerhaften Leistungsfähigkeit in globalen Wertschöpfungsketten,
- **Einbettung in den europäischen Rahmen** und die europäischen Strategien zur Industriepolitik für eine internationale Wettbewerbsfähigkeit
- Weiterentwicklung des gesellschaftlichen Umfelds, in dem die Wertschöpfung der Industrie und die Produktion als Basis des Wohlstandes und als Chance für die Entwicklung gesehen werden.

Industrie als Fundament der Gesamtwirtschaft

Zunächst ist es wichtig, die Bedeutung der Industrie als Schlüsselfaktor und Wachstumsgarant der Wirtschaft zu unterstreichen (siehe Kapitel 4 und 5). Insbesondere in der Krise erwies sich der moderne, starke industrielle Kern als besonders wichtig für die Realwirtschaft und die Widerstandsfähigkeit der Volkswirtschaften. Industrie ist ein wichtiges Fundament der Gesamtwirtschaft, die wechselseitige Verschränkung der Industrie und Dienstleistungen sowie der großen und kleinen Betriebe ist besonders hoch. Der Strukturwandel auch innerhalb der Branchen und die zunehmende **Drehscheibenfunktion** der Industrie für das gesamtwirtschaftliche Gefüge sollen aufgezeigt und wirtschaftspolitisch flankiert werden.

Horizontale, kohärente Wirtschaftspolitik: "Nein" zu dirigistischen Eingriffen in die Märkte

Nach dem Verständnis der WKÖ liegt das Ziel der Industriepolitik in der Stärkung der Chancen, der Wettbewerbsfähigkeit und der dauerhaften Leistungsfähigkeit, nicht in der Herbeiführung einer idealtypischen Industriestruktur durch den Staat. Angesichts der wechselseitigen Verschränkung in einer arbeitsteiligen Wirtschaft ist eine isolierte Industriepolitik, die nur den produzierenden Bereich in den Fokus nimmt, wenig zielführend. Die WKÖ unterstützt einen Politikansatz, der auf die **Verbesserung der Rahmenbedingungen** abzielt und horizontal ausgerichtet ist. Leitbild ist die soziale Marktwirtschaft. Die Eingriffe des Staates sollen marktkonform sein und sich auf die Schaffung von günstigen und fairen Rahmenbedingungen beschränken, auch in Bezug auf andere Wirtschaftsräume, mit denen Österreich in Konkurrenz steht. Ziel ist es, Österreich auch weiterhin als attraktiven Produktionsstandort zu gestalten und zu positionieren und den Unternehmen und ihren Beschäftigten faire Wettbewerbsmöglichkeiten zu ermöglichen. Aufgrund ihrer horizontalen Ausrichtung muss die Industriepolitik in nahezu alle Politikbereiche hineinwirken und betrifft damit auch die Zuständigkeit unterschiedlicher Ministerien. Die Gestaltung dieses förderlichen Umfeldes ist eine der wesentlichsten Aufgaben der Politik.

Standortfaktoren entscheidend: Die richtigen Rahmenbedingungen für Innovation und Wettbewerbsfähigkeit setzen

Die Rahmenbedingungen müssen sich den wandelnden Erfordernissen der Märkte und Technologien anpassen, mit starkem Fokus auf den Wettbewerb. Die entscheidenden Standortbedingungen umfassen eine Vielzahl von Themengebieten, darunter fallen: Forschung und Innovation, Ausbildung und Lehre, Investitionsbedingungen und Finanzierungsumfeld, Umwelt und Energie, Verfügbarkeit von Ressourcen, Internationalisierung, Steuern und Abgaben, Wettbewerbsordnung sowie Bürokratie. Eine relative Begünstigung von Schlüsseltechnologien oder nationalen Industrien kann und soll ausschließlich über die geeigneten Rahmenbedingungen und eine hohe Standortqualität erreicht werden.

Eine Industriepolitik für Österreich sollte sich aus Sicht der Wirtschaft auch an den drei Säulen der Nachhaltigkeit (ökonomische, ökologische und soziale Nachhaltigkeit) orientieren, wobei die ökonomische Nachhaltigkeit als prioritär angesehen wird.

7 Herausforderungen aus Sicht der Wirtschaft

Aufgrund der Bedeutung der Industrie für die Volkswirtschaft und um Österreichs Industriestandort weiterhin attraktiv zu halten, bedarf es eines förderlichen Umfeldes, dessen Gestaltung eine wesentliche Aufgabe der Politik ist. Die Rahmenbedingungen müssen an die sich wandelnden Erfordernissen der Märkte und Technologien, an die demografische und internationale Entwicklung und an neu sich bietende Chancen und Potentiale angepasst werden.

In Hinblick auf eine integrierte Wirtschafts- und Industriepolitik ist aus Sicht der Wirtschaft eine Entlastung der Unternehmen erforderlich. Durch ein Bündel an Maßnahmen soll der Investitions- und Innovationsstandort Österreich gestärkt werden. Zur Vermeidung von Abwanderung und Produktionsverlagerungen sind Produktivitätssteigerungen und/oder Kostensenkungen erforderlich. Gerade eine Steigerung der Investitionen setzt Entlastungen voraus.

Von der WKÖ wurden **10 Herausforderungen** identifiziert, die für die Industrie eine besondere Relevanz besitzen.

10 Herausforderungen für die österreichische Industrie

Arbeitskosten als wichtiger Wettbewerbsfaktor

Fachkräfte sichern und Qualifikation verbessern

Abgabenlast reduzieren und Unternehmensbesteuerung modernisieren

Wettbewerbsfähige Energiekosten und sichere Energieversorgung

Umweltpolitik mit Augenmaß

Österreich als attraktiver F&E&I Standort

Internationalisierung - Wachstumschancen nutzen

Investitionen und Finanzierung mit Fokus auf alternative Finanzierungsquellen

Mobilität und moderne Verkehrsinfrastruktur und IKT

Unternehmerische Freiheit fördern und Wettbewerbsordnung modernisieren

Herausforderung 1: Arbeitskosten als wichtiger Wettbewerbsfaktor

Die österreichischen Arbeitskosten sind im Vergleich des Euroraums im Jahr 2012 am stärksten gestiegen: Laut Eurostat sind die Arbeitskosten zwischen 2008 und 2012 um 15,5 % gestiegen. Die Lohnnebenkosten in Österreich verzeichneten im selben Zeitraum sogar einen noch stärkeren Anstieg als die Arbeitskosten insgesamt.

Aus Sicht der Wirtschaft notwendig:

- Faktor Arbeit durch **Senkung der Lohnnebenkosten** entlasten
- **Arbeitszeit flexibilisieren**
- Verbesserung der **Rahmenbedingungen für Kurzarbeit** - Flexibilität für KV-Ebene erhalten
- **Angleichung an die EU-Arbeitszeitrichtlinie**

Herausforderung 2: Fachkräfte sichern und Qualifikation verbessern

Vor allem Industriezweige, die einen hohen Wertschöpfungsbeitrag garantieren, erfordern einen hohen Bildungsstand. Dafür erforderlich ist eine qualitativ hochwertige Grundausbildung sowie weiterführendes lebenslanges Lernen, wobei die Fachrichtung der Ausbildung bzw. der Qualifikationsmix der Erwerbsbevölkerung ebenso entscheidend sind. Eine besonders bedeutende Rolle spielt das Modell der Dualen Ausbildung. Tatsache ist, dass die demografische Entwicklung mit einer sinkenden Anzahl von Jugendlichen am Beginn der beruflichen Ausbildung bereits spürbar wirkt und weiter anhalten wird, was sowohl eine Verringerung der Lehrlingszahlen als auch der Absolventen im berufsbildenden höheren Schulbereich bewirken dürfte.

Aus Sicht der Wirtschaft notwendig:

- **Duale Ausbildung forcieren**
- **Bildungs- und Berufsorientierung in Richtung „Technik“** verstärken
- **Verpflichtende Mindeststandards** zur Verbesserung des Grundausbildungsniveaus der SchülerInnen
- **Lehre attraktiver gestalten**, neue Lehrberufe durch Modularisierung weiterentwickeln
- **Potenziale von Frauen (durch Maßnahmen zur Vereinbarkeit von Familie) und von MigrantInnen** aus dem Ausland optimal nutzen

Herausforderung 3: Abgabenlast reduzieren und Unternehmensbesteuerung modernisieren

Im europäischen Vergleich ist Österreich ein Hochsteuerland. Österreichs Abgabenquote lag in den Jahren seit 2000 stets über der durchschnittlichen Steuerbelastung Europas und der Eurozone. Einen wesentlichen Anteil machen die Sozialversicherungsbeiträge aus. Die Diskussion über eine Vielzahl von neuen Steuer- und Steuererhöhungsvorschlägen ist aus Sicht der WKÖ standortschädlich. Die Wirtschaft sieht Möglichkeiten und Notwendigkeiten von Systemreformen und mehr Spielraum für Zukunftsinvestitionen.

Aus Sicht der Wirtschaft notwendig:

- **Senkung des Steuer- und Abgabenniveaus** sowie keine neuen Steuern, insbesondere keine neuen Eigentumssteuern
- **Steuern vereinfachen und Unternehmen entlasten**
- **Systemreformen**, vor allem in den Bereichen **Verwaltung, Staatsreform**, unter anderem durch **Neuordnung der Kompetenzverteilung** zwischen Bund, Ländern und Gemeinden
- **Abschaffung** von weiteren **Gebühren für Rechtsgeschäfte**
- **One-Stop-Shop** für grenzüberschreitende Umsatzsteuerfälle

Herausforderung 4: Wettbewerbsfähige Energiekosten und sichere Energieversorgung

Angesichts des zunehmend konkurrierenden Nutzens und des begrenzten Angebots aus traditionellen Quellen werden die Preise und die Bedeutung von Energie auch in Zukunft ansteigen. Europa braucht einen integrierten Energiemarkt mit intelligenten Netzen für die erneuerbare Energie, neuen Strukturen, gemeinsamen Marktregeln und für gesteigerte Energieeffizienz. Dies würde auch die Abhängigkeit Europas von Energie- und Rohstoffimporten reduzieren und die Versorgungssicherheit erhöhen. Der Infrastruktur kommt in einem funktionierenden Energiebinnenmarkt ebenfalls eine bedeutende Rolle zu. Der weitere Ausbau

der erneuerbaren Energien ist so zu gestalten, dass die Kosten durch größtmögliche Effizienz des Förderregimes möglichst niedrig gehalten und gerecht aufgeteilt werden.

Aus Sicht der Wirtschaft notwendig:

- Durchleitungstarife bei Strom und Gas reduzieren
- Energieinfrastrukturausbau auf Erfordernisse der Zukunft ausrichten, Lückenschließungen vorantreiben und Engpässe insbesondere im grenzüberschreitenden Transport beseitigen.
- Leistbare Energiepreise durch Senkung der Steuern und Abgaben auf fossile Brennstoffe
- Wettbewerb auf dem Strom- und Gasmarkt: Befreiung der energieintensiven Tätigkeiten von den Energieabgaben
- Ausbau Erneuerbarer Energien zu geringeren Kosten

Herausforderung 5: Umweltpolitik mit Augenmaß

Die explizite Zielfestlegung des 20 %-Industrieanteils analog und zusätzlich zu den 20/20/20-Zielen aus dem Klima-Energie-Bereich ist zu begrüßen. Denn es geht letztlich darum, Industriestandorte, Arbeitsplätze und auch umweltschonende Produktionsweisen in Europa wieder stärker zu etablieren, zu halten und auszubauen. Essentiell ist, dass klimapolitische Maßnahmen und Ziele das Wirtschaftswachstum nicht behindern und einen Beitrag zu einem wettbewerbsfähigen Wirtschaftsstandort leisten. Die zukünftige Ausrichtung der Klima- und Energiepolitik muss die Wettbewerbsfähigkeit der betroffenen Industrie verstärkt berücksichtigen. Der Problematik des drohenden *carbon leakage*, der Abwanderung von Industrietätigkeit aus dem EU-Raum, ist wirksam zu begegnen.

Aus Sicht der Wirtschaft notwendig:

- Korrekte Balance zwischen dem hohen Niveau des Umweltschutzes auf der einen Hand und einer Verringerung der administrativen Belastungen auf der anderen Hand
- Rohstoffversorgung verbessern, unter anderem durch bürokratische Erleichterungen, um rezykliertem Abfall wieder Produktstatus zu verleihen. Die Indikatoren und Ziele der EU-Ressourceneffizienz-Roadmap sind wirtschaftsverträglich mitzugestalten. **Vermeidung von Carbon Leakage:** Zur Vermeidung von Wettbewerbsverzerrungen innerhalb und außerhalb des Binnenmarktes fordert die energieintensive und *Carbon Leakage*-gefährdete heimische Industrie entsprechende Begleitmaßnahmen auch in Österreich.
- Abfall soll ausschließlich als Bundeskompetenz gelten und der europäische Abfallkatalog übernommen werden
- Ausgewogener und transparenter Rechtsrahmen für die Bereiche Luft, Chemikalien, Wasser
- UVP-Rechtsrahmen so weiterentwickeln, dass die Verfahren effizient abgewickelt werden können
- Ausreichende und zielgerichtete betriebliche Umweltförderung

Herausforderung 6: Österreich als attraktiven F&E&I Standort etablieren

Der österreichische Forschungs- und Innovationsstandort muss den Schritt von den *Innovation followers* zu den *Innovation leaders* vollziehen. Ziel muss es für Österreich sein, die Innovationskraft der heimischen Unternehmen und Forschungsstätten zu stärken und den Zugang zu internationalem *Know-How* zu ermöglichen. Dazu ist ein weiterer Aus- und Aufbau von F&E-Kompetenzen und F&E-Infrastruktur nötig. Die Zusammenarbeit zwischen Wirtschaft und Wissenschaft muss gestärkt werden, um eine hohe Innovationsfähigkeit zu gewährleisten und wissenschaftlich-technische Erkenntnis rasch in marktfähige Produkte und Dienstleistungen umzusetzen. Dabei gilt es, die angewandte Forschung zu forcieren. Die Stärkung der Innovationsfähigkeit betrifft alle Phasen sowie alle Arten der Innovationen, einschließlich der nicht-forschungsbasierten Innovation und Kreativwirtschaft. Wesentlich für eine erfolgreiche F&E&I Strategie ist die Konzentration sowohl auf alle Unternehmensgrößen als auch relevanten Technologiefelder, wobei eine Schwerpunktsetzung unter Berücksichtigung der inländischen industriell-gewerblich-/wissenschaftlichen Basis sowie des Marktpotentials und einem hohen inländischen Wertschöpfungsanteils erfolgen soll.

Für die Sicherung des F&E-Standorts ist es notwendig, dass die öffentliche Hand die Rahmenbedingungen für F&E weiter verbessert und die Unternehmen in ihren Anstrengungen unterstützt.

Aus Sicht der Wirtschaft notwendig:

- **Weiterentwicklung der FTI-Strategie**
- **Sicherung und Anhebung der Mittel für Forschung und Innovation in der direkten F&E-Förderung**
- **Schwerpunktsetzung im F&E-Bereich in Bereichen mit komparativen Vorteilen**
- **Schaffung eines Forschungsfinanzierungsgesetzes mit ziel-adäquatem Korridor für F&E-Investitionen bis 2020**
- **Zugang zu internationalen Forschungs- und Innovationsnetzen unterstützen** - EU-Förderungen (z.B. *Horizon 2020*) nutzen und wirtschaftsnah gestalten
- **Reduktion der bürokratischen Hürden** bei der Vergabe von Förderungen
- **Nutzung der Finanzierungsmöglichkeiten** der Europäischen Investitionsbank (EIB) und des Europäischen Investitionsfonds (EIF)

Herausforderung 7: Internationalisierung: Wachstumschancen nutzen

Exportorientierung und Innovationskraft sind die entscheidenden Kriterien für den wirtschaftlichen Erfolg der heimischen Industrie. Durch international wettbewerbsfähige Produkte sind österreichische Unternehmen in einer Vielzahl von Bereichen Nischenplayer und Weltmarktführer. Auch der Mittelstand soll zunehmend den Fokus auf ein global orientiertes Wachstum legen, um so Märkte zu erschließen und auszubauen.

Aus Sicht der Wirtschaft notwendig:

- **Internationalisierungsoffensive mit dem Herzstück „go-international“** konsequent weiterführen und langfristig gestalten, um die Planbarkeit zu gewährleisten.
- **Europäischen Binnenmarkt vollenden und wirtschaftsfreundlich gestalten**
- **Internationalen Zugang zu Rohstoffen sichern**
- **Beseitigung von tarifären und nicht-tarifären Handelshemmnissen**
- **Keine Verschlechterung des Investitionsschutzes durch EU-Abkommen**
- **Koordinierte Wirtschaftspolitik** (Stabilität, Planbarkeit, Entscheidungssicherheit für Unternehmen)
- **Für bilaterale Handelsabkommen auf österreichischer und europäischer Ebene eintreten** und diese unterstützen und **gleichzeitig langfristige globale Lösungen (GATT) weiterführen**

Herausforderung 8: Investitionen & Finanzierung - Fokus: Alternativen Finanzierungsquellen

Investitionen stellen die einzige Verwendungskomponente dar, die die Produktionskapazitäten erweitert und zukünftiges Wirtschaftswachstum ermöglicht. Darüber hinaus bilden Investitionen die Grundlage für eine hohe Produktivität und einen Qualitätsvorsprung und stellen insgesamt eine Voraussetzung für die Sicherung und Ausweitung der Beschäftigung dar. Im Zusammenhang mit Investitionen ist auch die Kapitalverfügbarkeit ein bedeutender Einflussfaktor. Vor allem vor dem Hintergrund möglicher Finanzierungsengpässe müssen zukunftsweisende Rahmenbedingungen für alternative Finanzierungsformen geschaffen werden.

Aus Sicht der Wirtschaft notwendig:

- **Stabilität des österreichischen Finanzsektors und Kapitalmarkts** gewährleisten und nicht mit sektorfremden oder sonstigen Auflagen und Abgaben belasten
- **Eigenkapitalfinanzierung erleichtern**
- **Bündelung der Instrumente zu einer Europäischen Garantieplattform**
- **Degressive Abschreibung für Abnutzung (AfA)**, wie in den meisten EU-Staaten üblich. **Einführung eines Sanierungsbonus für Handwerksleistungen**
- **Investitionsanreize für Unternehmen** bereitstellen, beispielsweise durch **Investitionsprämie Neu (IP-Neu)**
- **Nachfolgelösung zur Mittelstandsfinanzierungsgesellschaft schaffen**, die den internationalen Standards entspricht, um die Beteiligungsfinanzierung - insbesondere für

Risikokapital (*Private Equity, Venture Capital* und *Crowd Funding*) - in Österreich zu stärken.

Herausforderung 9: Bedeutung von Mobilität und Verkehrsinfrastruktur

Für Unternehmen ist die Verkehrsinfrastruktur ein kritischer Faktor im Zugang zu Beschaffungs- und Absatzmärkten und damit ein bestimmender Faktor für den Erfolg im Wettbewerb. Die Wirtschaft muss effizient und kostengünstig den Markt erreichen. Zur Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit sowie der Standortattraktivität müssen von der Verkehrspolitik verstärkt die Bedürfnisse der produzierenden Wirtschaft bezüglich Mobilität und Infrastruktur berücksichtigt werden:

Aus Sicht der Wirtschaft notwendig:

- **Effiziente Nutzung der bestehenden Infrastrukturen:** Anschlussbahnen sichern und stärken
- **Komodaler Verkehr statt einseitiger Verlagerungspolitik**
- **Optimierung der Schnittstellen zwischen den Verkehrsträgern:** Effiziente Nutzung der Binnenwasserstraße ermöglichen und Kapazitäten der heimischen Flughäfen erhöhen
- **Neue Finanzierungsalternativen für Infrastrukturprojekte** ermöglichen und unterstützen

Herausforderung 10: Unternehmerische Freiheit und Smart Regulation

Erfolgreiches industrielles Unternehmertum kann sich nur in einem kalkulierbaren Umfeld mit fairem Wettbewerb entwickeln. Dazu gehören Deregulierung und Privatisierung ebenso wie die Gewährleistung eines stabilen logistischen Umfelds ohne österreichischen Sonderweg („*Golden Plating*“). Für einen wettbewerbsfähigen Standort muss das Wirtschaftsrecht stärker an Wettbewerbs-, Wachstums- und Innovationsfreundlichkeit ausgerichtet werden.

Aus Sicht der Wirtschaft notwendig:

- Durchforstung des geltenden Rechts im Sinne der Ideen zu **„Better Regulation“**
- **Regulierungsbremsen einbauen**
- **Vermeidung von *Golden Plating*** bei der Umsetzung von EU-Recht
- Verbesserte **„Nationale Impact Assessments“** bei der Umsetzung von Unionsrecht
- **Flexibilisierung im Gesellschafts- und Unternehmensrecht**
- **Entbürokratisierung und Reduzierung des Verwaltungsaufwands**, insbesondere auch für die **Normungsebene** nach dem Motto „So viel Normung wie notwendig, so wenig Normung wie möglich“ und „Normen von der Wirtschaft für die Wirtschaft“. Die Intention der EK, Normensektoren stärker zu harmonisieren, ist grundsätzlich zu unterstützen; wo es geht, ist auch eine verstärkte Übereinstimmung mit den internationalen Normen anzustreben.

8 Fazit

Die Rolle des Industriesektors ist mitentscheidend für den wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Erfolg in Österreich. Besonders wichtig ist die Industrie aufgrund ihrer Drehscheibenfunktion für die Gesamtwirtschaft. Die Bedeutung der Industrie geht über ihren direkten Wertschöpfungsbeitrag hinaus und zeigt sich an ihrem wesentlichen Anteil an Wachstum, Wohlstand, Beschäftigung und Wettbewerbsfähigkeit durch Exporterfolg und Innovationsintensität.

Nach dem Verständnis der WKÖ ist die Industriepolitik eine horizontale, kohärente Wirtschaftspolitik zu gestalten. Entscheidend sind die Standortfaktoren, um die richtigen Rahmenbedingungen für Innovation und Wettbewerbsfähigkeit zu setzen.

Um die Entwicklung eines fortschrittlichen und international konkurrenzfähigen produzierenden Bereichs zu ermöglichen, sind folgende strategische Schwerpunkte notwendig:

- Investitionen in Innovation
- Abbau von administrativen Belastungen/Bürokratie
- Besseren Zugang zum EU-Binnenmarkt und globale Märkte
- Sicheren Zugang zu Finanzierung und Kapitalmärkte
- Sicherung von notwendigem Humankapital und Restrukturierung und Qualifikationsbedarf
- Zugang und Versorgungssicherheit von Rohstoffen und Energie

Aus Sicht der Wirtschaft muss sich die nationale Politik auch in die europäische Politik im Sinne des Standortes Österreich einbringen. Die Industrieunternehmen stehen vor einer Vielzahl von Herausforderungen, die es zu bewältigen gilt. Die WKÖ hat dafür eine Reihe an Vorschlägen, um den Produktionsstandort Österreich attraktiver zu gestalten und im internationalen Kontext wettbewerbsfähiger zu machen.

Herstellung von Waren lt. ÖNACE 2008 Abschnitt C

Definition wie in EU-2020 Strategie

Anteil in % der Bruttowertschöpfung

	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012
EU-27	18,5	18,0	17,4	16,9	16,7	16,5	16,4	16,4	15,8	14,4	15,2	15,5	15,2
Österreich	20,1	20,0	19,4	19,1	19,0	19,2	19,5	19,9	19,0	17,9	18,3	18,5	18,2

Produzierender Bereich (ohne Bau) lt. ÖNACE 2008 B bis E

Anteil in % der Bruttowertschöpfung

	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012
EU-27	22,0	21,4	20,8	20,3	20,1	20,0	20,1	20,0	19,7	18,2	19,0	19,4	19,2
Österreich	23,7	23,7	23,1	22,8	22,9	23,0	23,2	23,5	22,7	21,8	21,9	22,1	21,8

Bau lt. ÖNACE 2008 Abschnitt F

Anteil in % der Bruttowertschöpfung

	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012
EU-27	5,9	6,0	6,1	6,2	6,3	6,4	6,7	6,8	6,8	6,6	6,2	6,1	5,9
Österreich	7,7	7,3	7,1	7,5	7,4	7,2	6,9	7,1	7,1	7,0	6,7	6,6	6,8

Produzierender Bereich inkl. Bau lt. ÖNACE 2008 Abschnitt B-F

Anteil in % der Bruttowertschöpfung

	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012
EU-27	27,9	27,4	26,9	26,5	26,4	26,4	26,8	26,8	26,5	24,8	25,2	25,5	25,1
Österreich	31,4	31,0	30,2	30,3	30,3	30,2	30,1	30,6	29,8	28,8	28,6	28,7	28,6

Quelle: Eurostat

	Industrieanteil 2010	Veränderung Industrieanteil 2010/1995
1	Südkorea	Südkorea
2	China	Ungarn
3	Irland	Tschechien
4	Slowakei	Litauen
5	Tschechien	Island
6	Ungarn	Deutschland
7	Rumänien	Schweiz
8	Deutschland	Griechenland
9	Slowenien	Österreich
10	Schweiz	Slowakei
11	Litauen	Israel
12	Mexiko	Russland
13	Finnland	Polen
14	Japan	Brasilien
15	Österreich	Mexiko
16	Polen	Irland
17	Russland	Neuseeland
18	Bulgarien	Rumänien
19	Estland	Estland
20	Schweden	Indien

Quelle: IW Köln: Die Messung der industriellen Standortqualität in Deutschland (2012) - Endbericht, Studie im Auftrag des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie (BMWi), S.45

Literaturverzeichnis

Aiginger/ Tichy/ Walterskirchen (2006): WIFO Weißbuch: Mehr Beschäftigung durch Wachstum auf Basis von Innovation und Qualifikation

Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (2008): Die Dritte industrielle Revolution - Aufbruch in ein ökologisches Jahrhundert - Dimensionen und Herausforderungen des industriellen und gesellschaftlichen Wandels

Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie www.bmwi.de (2010): Allgemeine Wirtschaftspolitik/Industriepolitik - Im Fokus: Industrieland Deutschland - Stärken ausbauen - Schwächen beseitigen - Zukunft sichern

Bundesverband der Deutschen Industrie e.V. (2013): Industrielle Wertschöpfungsketten - Wie wichtig ist die Industrie?

Bundesverband der Deutschen Industrie e.V. Mitgliedsverband BUSINESSEUROPE (2009): Industriepolitik in und nach der Krise - 11 Thesen für eine marktwirtschaftliche Industriepolitik

Bundesverband der Deutschen Industrie e.V., Mitgliedsverband BUSINESSEUROPE, BDI Wirtschaftspolitik (2007): Diskussionspapier: Industriepolitik in der Marktwirtschaft

Bundesverband der Deutschen Industrie e.V., Josef Düren (2012): Positionspapier - Mittelstandspolitische Herausforderungen für 2012/2013

Bundesverband der Deutschen Industrie e.V. (2013): Herausforderungen 2013-2020 aus Sicht der Industrie - Für einen neuen gesellschaftlichen Konsens

Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung e.V. DIW Berlin, Martin Gornig und Alexander Schiersch (2012): Deutsche Industrie trotz dem Aufstieg der Schwellenländer

EUROCHAMBRES *Connecting Business to Europe* (2010); Position Paper - *A new industrial policy for Europe - EUROCHAMBRES contribution to the debate further to the 2nd high level convergence on industrial competitiveness of 26. April 2010*

Europäische Kommission (2010): Eine integrierte Industriepolitik für das Zeitalter der Globalisierung - Vorrang für Wettbewerbsfähigkeit und Nachhaltigkeit - Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen

Europäische Kommission (2012): Eine stärkere europäische Industrie bringt Wachstum und wirtschaftliche Erholung - Aktualisierung der Mitteilung zur Industriepolitik - Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen

European Commission - Enterprise and Industry (2010): *EU Manufacturing Industry: What are the Challenges and Opportunities for the Coming Years?*

European Commission, Competitiveness Report (2012): *Reaping the benefits of globalization*

Europäisches Parlament, Stela Nenova / Dorthe Høst Sarup (2012): Allgemeine Grundsätze der Industriepolitik der EU

Friedrich Ebert Stiftung, Karl Aiginger und Susanne Sieber, Schriftenreihe Moderne Industriepolitik 3/2009

Institut der deutschen Wirtschaft Köln in Zusammenarbeit mit der IW Consult GmbH (2012): Die Messung der industriellen Standortqualität in Deutschland (Endbericht), Studie im Auftrag des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie (BMWi)

Institut der deutschen Wirtschaft Köln Consult GmbH (2013): Industrielle Wertschöpfung als Drehscheibe der Wirtschaft - Fakten und Argumente - Baustein 3: Industrieller Mittelstand

Institut der deutschen Wirtschaft Köln, Christoph Schröder (2012): Industrielle Arbeitskosten im internationalen Vergleich. IW-Trends 3/2012 <http://www.iwkoeln.de/de/studien/iw-trends/beitrag/christoph-schroeder-industrielle-arbeitskosten-im-internationalen-vergleich-92762>

Jeremy Rifkin (2011), <http://www.thethirdindustrialrevolution.com/>, 6.7.2013

OECD, Ken Warwick (2013): *Beyond Industrial Policy: Emerging Issues and New Trends*, OECD Science, Technology and Industry Policy Papers, No. 2, OECD Publishing

Österreichischer Forschungs- und Technologiebericht (2013): Lagebericht gem. § 8 (1) FOG über die aus Bundesmitteln geförderte Forschung, Technologie und Innovation in Österreich

WIFO-Monatsbericht 9/2012, Preisliche Wettbewerbsfähigkeit 2011 durch Abnahme der Lohnstückkosten verbessert



Wirtschaftskammer Österreich
Vertretungsbefugtes Organ:
Präsident Dr. Christoph Leitl
Tätigkeitsbereich: Information,
Beratung und Unterstützung der
Mitglieder als gesetzliche
Interessenvertretung.
Blattlinie: Dossiers
Wirtschaftspolitik informieren
regelmäßig über aktuelle
wirtschaftspolitische
Themenstellungen.
Chefredaktion:
Dr. Christoph Schneider
Druck: Eigenvervielfältigung,
Erscheinungsort Wien
Offenlegung: [wko.at/offenlegung](https://www.wko.at/offenlegung)